

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name Klinikum Bad Salzungen GmbH
 Straße Lindigallee 3
 Plz, Ort 36433, Bad Salzungen
 Telefon +49 3695-644288
 Fax
 E-Mail auftragsvergabe@klinikum-badsalzungen.de
 Internet
 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer 157/124/00010

b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer Bau/25/2026/Gebäude H

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

- ohne elektronische Signatur (Textform)
- mit fortgeschrittener/m elektronischer/m Signatur/Siegel
- mit qualifizierter/m elektronischer/m Signatur/Siegel

d) Art des Auftrags

- ☒ Ausführung von Bauleistungen
☐ Planung und Ausführung von Bauleistungen
☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

Klinikum Bad Salzungen GmbH, Lindigallee 3, 36433 Bad Salzungen

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose

Mit dem 1. Arbeitsgang Baugrundreinigungsarbeiten ist unmittelbar nach Abschluss der Ausbaugewerke zu beginnen. Die Grundreinigung ist in einem Zug auszuführen und umfasst die Nassreinigung aller Fußbodenflächen, Wandbeläge, Deckenverkleidungen, Fenster- und Türanlagen sowie der zu diesem Zeitpunkt bereits montierten Festeinbauten, haustechnischen Einbauten und Geräte.

Der 2. Schritt Feinreinigung erfolgt ebenfalls in einem Zug nach Einbringung der restlichen losen Möblierung. Die Feinreinigung beinhaltet die nochmalige Reinigung aller Wand-, Decken- und Fußbodenflächen einschl. Schalter, Steckdosen, Leuchten, Tableaus etc., den Fenster- und Türanlagen, allen fest eingebauten Schrank-, Arbeitstisch- und Regalanlagen sowie den sonstigen Einbauten, wie lose Möbel, medizinische Geräte, etc. Die Scheiben und Fensterrahmen sind von innen und außen fein zu reinigen.

Die zu reinigenden Nettogeschossflächen für die Baumaßnahme betragen insgesamt ca. 930 qm, davon:

- ca. 825 qm PVC-Belag
- ca. 25 qm Fliesenbelag
- ca. 80 qm Fliesenbelag in den beiden Treppenhäusern

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)

- ☒ nein
- ☐ ja, Angebote sind möglich
- ☐ nur für ein Los
- ☐ für ein oder mehrere Lose
- ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen

- ☐ Beginn der Ausführung
- ☐ Fertigstellung oder Dauer der Leistungen

Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Beginn: voraussichtlich August 2026

Vollendung: September 2026

j) Nebenangebote

- ☐ zugelassen
- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
- ☒ nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

- ☐ zugelassen
- ☒ nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen

- ☒ werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4DBSM3QT/documents>
- ☐ können angefordert werden unter:
- ☐ Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen
- ☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung
- ☐ andere Maßnahmen:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

- ☐ nachgefordert
- ☒ teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:
- [Es gelten die Bestimmungen des § 16a VOB/A.](#)
- ☐ nicht nachgefordert

o) Ablauf der Angebotsfrist am 10.08.2026 um 11:30 Uhr

Ablauf der Bindefrist am 15.09.2026

p) Adresse für elektronische Angebote<https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4DBSM3QT>

Anschrift für schriftliche Angebote

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

DE

r) Zuschlagskriterien

- ☐ siehe Vergabeunterlagen
- ☒ nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
- | Kriterium | Gewichtung |
|-----------------------------------|------------|
| Niedrigster Preis | |

s) Eröffnungstermin

Ort

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen

t) geforderte Sicherheiten**u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind****v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften****w) Beurteilung der Eignung**[Rein nationale Ausschlussgründe:](#)

I. Angabe mittels Eigenerklärung (Anlage 2 - Bestandteil der Vergabeunterlagen)

Zwingende Ausschlussgründe gem. § 123 Abs. 1 GWB:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern sowie unzulässige Interessenwahrnehmung),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung)

Fakultative Ausschlussgründe gem. § 124 Abs. 1 GWB:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

II. Angabe mittels Eigenerklärung ("Anlage 1 Angaben zum Unternehmen" - Bestandteil der Vergabeunterlagen)

- Erklärung über den Umsatz des Unternehmens sowie der Anzahl der Mitarbeiter in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren

- Eigenerklärung über die Eintragung in einem Berufsregister

III. Angabe mittels Eigenerklärung ("Anlage 4 Eigenerklärung nach ThürVgG" - Bestandteil der Vergabeunterlagen): Diese Vergabe unterliegt den Regelungen des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG).

IV. Angabe mittels Eigenerklärung ("Anlage 5 Eigenerklärung LkSG")

- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussvoraussetzungen gem. § 22 Abs. 1 S. 1

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) vorliegen und das Unternehmen nicht mit einer Geldbuße gem. § 22 Abs. 2 LkSG belegt worden ist

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name	Vergabekammer Thüringen
Straße	Jorge-Semprún-Platz 4
Plz, Ort	99423, Weimar
Telefon	+49 361-573321254
Fax	
E-Mail	vergabekammer@tlwa.thueringen.de
Internet	

Sonstiges

Bekanntmachungs-ID: CXP4DBSM3QT